

Pressemitteilung 33/2017

Halle (Saale), den 7. September 2017

Reformvorschlag: Renten künftig an Verbraucherpreise koppeln

Bislang orientiert sich die jährliche Anpassung der Renten in Deutschland vor allem an der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter. Ein Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenanpassungsformel berücksichtigt zudem den demographischen Wandel, dämpft also die Rentenanpassung bei einer Alterung der Bevölkerung – allerdings bislang nicht genug, um trotz eines sinkenden Rentenniveaus einen deutlichen Anstieg der Beiträge in der Zukunft zu verhindern. Zu dem bestehenden System gibt es durchaus Alternativen. So könnte das Rentenniveau bei Renteneintritt auf dem heutigen Niveau oder sogar etwas darüber fixiert werden und dennoch der Beitragsanstieg gedämpft werden, wenn die Renten derjenigen, die bereits in Rente sind, nur noch mit der Inflationsrate steigen. Der Lebensstandard bliebe dadurch erhalten, so lautet ein Vorschlag Oliver Holtemöllers, Leiter der Abteilung Makroökonomie und Vizepräsident am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH).

Der Entwicklung des Rentenniveaus, also des Verhältnisses zwischen Standardrente und durchschnittlichem Arbeitsentgelt, gilt in der öffentlichen Diskussion besondere Aufmerksamkeit. Ein kontinuierlich sinkendes Rentenniveau wird häufig als nicht hinnehmbar angesehen, weil dadurch soziale Härten entstehen können. Soll das Rentenniveau daher fixiert werden, ginge das aufgrund des demographischen Wandels, der sich in den kommenden Jahren beschleunigen wird, jedoch mit einem deutlichen, letztlich nicht tragbaren Anstieg des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung und damit der Lohnnebenkosten einher. In einer Studie analysierten Oliver Holtemöller und sein Koautor Götz Zeddies daher ein alternatives Konzept der Rentenanpassung und empfehlen, das Rentenniveau im Jahr des Renteneintritts für die zukünftigen Rentnergenerationen konstant zu halten und die individuellen Renten in den Jahren danach mit der Inflationsrate steigen zu lassen. Der Wert der Rente bliebe somit erhalten. Die Studie enthält konkrete Simulationsergebnisse für die aktuelle Rentenanpassungsformel „Status quo“ und das Alternativszenario „Inflationsausgleich“.

Im Alternativszenario „Inflationsausgleich“ steigen die Rentenausgaben zwar weniger stark als die Löhne, deren Zunahme sich aus der Inflationsrate und der Reallohnsteigerung zusammensetzt. In einem solchen System hängt die Höhe der Rentenausgaben nicht nur von der Anzahl der Rentner und der durchschnittlichen Rente, sondern auch von der Alterszusammensetzung der Rentenempfänger ab.

Sperrfrist
7. September 2017, 13:30 Uhr

Pressekontakt
Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi), Bundesministe-
rium für Arbeit und Soziales (BMAS),
Bundesministerium der Finanzen
(BMF), Wirtschaftsministerien der
Länder

Schlagwörter
Rentenniveau, gesetzliche Renten-
versicherung, Demographie,
Rentenbeitrag, Renteneintrittsalter,
Inflation, Verbraucherpreise

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Aufgrund des Inflationsausgleichs erleidet aber kein Rentenempfänger reale Verluste im Vergleich zum Zeitpunkt des Renteneintritts. Eine jährliche Anpassung der laufenden Renten um den Anstieg der Verbraucherpreise würde gewährleisten, dass der unmittelbar nach Eintritt in den Ruhestand erreichte Lebensstandard dauerhaft erhalten bleibt. Es wäre sogar möglich, das Rentenniveau bei Renteneintritt höher als gegenwärtig anzusetzen und gleichzeitig die Beitragssätze zu stabilisieren.

Die Untersuchungen wurden mit einem Modell durchgeführt, das die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung sowie die Höhe der Renten unter Berücksichtigung demographischer Veränderungen simuliert. Der Simulationszeitraum reicht bis zum Jahr 2060.

Veröffentlichung:

Holtemöller, Oliver; Zeddies, Götz: Zur Stabilisierung von Rentenniveau und Rentenversicherungsbeitrag. [IWH Online 2/2017](#). [Halle \(Saale\) 2017](#).

Frühere Veröffentlichungen zum Thema:

Holtemöller, Oliver; Pohle, Felix; Zeddies, Götz: Was Änderungen beim Rentenniveau die Beitragszahler kosten. [IWH Online 2/2016](#). [Halle \(Saale\) 2016](#).

Holtemöller, Oliver; Pohle, Felix; Zeddies, Götz: Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung durch Erhöhung des Renteneintrittsalters. [IWH Online 3/2016](#). [Halle \(Saale\) 2016](#).

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

 Das IWH auf Twitter

 Das IWH auf Facebook

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 91 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.